

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Aktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 21.

Charlottenburg, Freitag, den 23. Mai 1919.

Jahrg. 46.

an die organisierten Arbeiter aller Länder.*)

Arbeiter! Genossen!

Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abscheu Kenntnis genommen von der brutalen Erdrosselung des deutschen Volkes, die Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekanntgegebene „Friedensbedingungen“ herbeizuführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, daß die den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verwüstungen zu entziehen.

Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen unchristlichen Gewaltfrieden schlimmster Art dar. An Stelle des gesprochenen Rechtsfriedens, der die Versöhnung der Völker zum Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Vertrag von 70 Millionen zu Heloten und Sklaven des alliierten und imperialistischen Kapitals der Weststaaten gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen wichtige Teile unserer wirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unseres Ernährungslandes, das ohnehin für unsere Ernährung bei weitem nicht ausreicht, 35 Proz. unserer Wirtschaftsgebiete und mehrere der wichtigsten Erzlager werden gemeinsam von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annektiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweitgrößte der Welt war, wird an die 10. Stelle herabgedrückt, sobald durch den Gewaltfriedensvertrag begründete Raub der deutschen Handelsschiffe erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unerlöster, noch nicht endgültig festgesetzter Kriegsschadigungen auferlegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Lohnsklaven der Kapitalisten der Weststaaten. Für die nächsten fünf Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherrlich festzusetzenden Milliarden Barzahlungen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen Kohle nach Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenausfuhr überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von etwa 20 Millionen Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen geradezu unerhörten wirtschaftlichen Fesseln wird unsere ganze Industrie lahmgelegt und unsere Arbeiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Verarmung verurteilt.

Das ist der „Frieden“, den die Staatsmänner der feindlichen Entente dem deutschen Volke auferlegen wollen, nachdem es im Verlaufe des Krieges auf den Vorschlag und von allen Kriegführenden angenommenen Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen Demokratie an die Verwirklichung des Sozialismus herantreten entschlossen war. Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit dem Willen bewerkstelligte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Bündnis des imperialistischen Kapitals gegen den Sozialismus.

* Die Kongresse der Vertreter der Verbandsvorstände beschloß, die Friedensbedingungen der Entente diesen Ruf an die organisierten Arbeiter aller Länder zu erlassen.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeitsrecht. Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterschulkonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bürokraten und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefaßten Mehrheitsbeschluß abzulehnen. Da der neue Völkerbund zunächst weder Rußland noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeiterrechte von dem internationalen Großkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Trugbündnis des Kapitals gegen den internationalen Arbeiterschutz.

So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag“ der Entente als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die konservative Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchien vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen diese Vergewaltigung erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Befundung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückgestanden zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

Jahresbericht der Generalkommission für 1918.

Aus dem den Verbandsvorständen unterbreiteten Bericht der Generalkommission für 1918 geben wir folgende Angaben im Auszuge wieder:

Durch den Zusammenbruch Deutschlands haben verschiedene Arbeiten und Beschlüsse, über die noch zu berichten wäre, nur historische Bedeutung. So z. B. der Versuch der Vaterlandspartei im Oktober 1918, eine Verständigung mit dem Volksbund für Freiheit und Vaterland herbeizuführen. Der Volksbund stellte die Bedingung, daß die Vaterlandspartei ihrer annexionsistischen Pläne entsage und sich auf den Boden der Friedensresolution des Reichstages stellen müsse, was abgelehnt wurde, so daß die Aktion der Vaterlandspartei erfolglos blieb.

Aber auch der Volksbund selbst wurde nach der Auffassung der Generalkommission dadurch überflüssig, daß das allgemeine Wahlrecht in Preußen durch die neue Reichsregierung gesichert wurde, und daß ein neues Arbeiterrecht nach den Erklärungen des Reichskanzlers vom 5. Oktober 1918 auch international im Sinne der Berner Gewerkschaftskonferenz geschaffen werden sollte. Bereits im Oktober 1918 äußerte der Vertreter der Generalkommission im Vorstande des Bundes diese Auffassung und im Dezember stellte die Generalkommission selbst den Antrag, den Bund aufzulösen. Infolge der Verkehrsverhältnisse wurde der Ausschuss zur Entscheidung über den Antrag noch nicht zusammenberufen. Aber die Generalkommission gedenkt ihre weitere Mitarbeit auch dann einzustellen, wenn die Auflösung nicht erfolgen sollte.

Der Bericht geht sodann auf die Bemühungen des Prof. Brentano, München, ein, eine gesetzliche Regelung des kollektiven Arbeitsvertrages herbeizuführen. Brentanos Vorschläge bezweckten eine Abänderung und Ergänzung des § 105 der Gewerbeordnung. An den Beratungen hierüber waren Vertreter der Verbände beteiligt, die Reichstarife mit den Unternehmern abgeschlossen haben, sowie Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine. Es wurden Leitsätze über den kollektiven Arbeitsvertrag aufgestellt, denen bei der letzten Beratung die Vertreter der christlichen Gewerkschaften nicht beitraten, weil sie befürchteten, in der vorgesehenen Organisation eine genügende Vertretung nicht zu erhalten. Brentano gab daher seinen Plan auf, der überdies durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände überholt wurde. Das gleiche ist nach dem Bericht mit dem Arbeitskammergesetz in der von der früheren Reichsregierung vorgelegten Fassung der Fall. Die Fachgruppen der Arbeitsgemeinschaft werden die Aufgaben der sachlichen Arbeitskammern erfüllen können und mehr und Besseres zu leisten vermögen, als die durch gesetzlichen Zwang errichteten Arbeitskammern. Der öffentlich-rechtliche Charakter kann, wie dies in ähnlichen Fällen schon geschehen ist, durch Gesetz übertragen werden. Daneben seien jedoch territoriale Arbeitskammern zu errichten, die alle Arbeitnehmer umfassen würden, was bei den Fachgruppen der Arbeitsgemeinschaft, die sich auf die Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stützen, nicht der Fall ist. Durch Verordnung des Reichsarbeitsamts sind inzwischen Arbeitskammern für Bergbau- und Hüttenbetriebe errichtet worden und die Schaffung örtlicher oder bezirksweise zu organisierender Vertretungen der Arbeitnehmerschaft wurde durch die Reichsregierung angekündigt. Somit ist eine Vertretung der Arbeitnehmerschaft gesichert, die weit über das hinausgeht, was das frühere Arbeitskammergesetz bringen sollte.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hatte beabsichtigt, seine Tätigkeit über den Krieg hinaus fortzusetzen und forderte eine Erhöhung der Beiträge. Die Generalkommission lehnte die Beitragserhöhung ab, weil sie der Auffassung ist, daß die Tätigkeit des Ausschusses nach Kriegsschluß einzustellen sei.

An den Vorarbeiten für die Demobilmachung hat die Generalkommission sich überall dort beteiligt, wo die Aussicht auf eine erfolgreiche Lösung der schwierigen Fragen zu finden war. Die verschiedenen Ämter in den Ministerien arbeiteten jedoch durch- und gegeneinander und die Gefahr bestand, daß bei der von der Entente bewilligten kurzen Frist der Demobilisierung eine Katastrophe hereinbrechen könnte. Auf Anregung von Unternehmenseite wurde eine Vereinbarung seitens der Generalkommission abgeschlossen, der die Konferenz der Vorstandsvertreter am 1. November 1918 zustimmte; diese Vereinbarung regelte das einheitliche Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in allen Fragen der Demobilmachung und der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Sie forderte von der Reichsregierung die Einrichtung einer Demobilmachungsbehörde als selbständiges Reichsamt, für deren Tätigkeit sie die näheren Grundzüge aufstellte. Als diese Vereinbarung am 5. November dem Reichskanzler in einer Sitzung vorgetragen wurde, erhob die Regierung die größten Bedenken und es bedurfte des Ultimatus durch den Vorsitzenden der Generalkommission, um der Regierung das nötige Verständnis für den Ernst der Situation beizubringen. Legien erklärte den Herren, daß bei so kleinlicher Behandlung der großen Sache die Gewerkschaften und wohl auch die Unternehmerorganisationen ihre Mitarbeit verlagern müßten. Die Sitzung verlief ohne Ergebnis, aber schon am nächsten Tage hatte der Reichschatzsekretär eine weitere Sitzung mit Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter veranstaltet, in der es zu einer Einigung mit der Regierung kam. Das Demobilmachungsamt wurde sofort geschaffen, und der mit ausreichenden Vollmachten als Staatssekretär berufene Dr. Koeth bemühte sich sofort, die Verständigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die demobilmachenden Handlung herbeizuführen. Die hierzu nötige Arbeit entstand in der Arbeitsgemeinschaft, aber doch nicht rechtzeitig genug, und sie ist auch bis heute noch nicht abgeschlossen, um sich wirksam in der Demobilmachung zu betätigen. Freilich war auch die Situation, die durch die Bedingungen des Krieges entstanden war, außerordentlich schwierig. Das Demobilmachungsamt hat zwar eine Anzahl wertvoller Verordnungen erlassen, aber den Plan, die entlassenen Truppen den geeigneten Arbeitsplätzen zuzuführen und die vorhandenen Rohstoffe entsprechend zu verteilen, konnte es nicht zur Ausführung bringen. Ein Hindernis boten dabei noch andere Kriegsamter, die ihr Fortbestehen und bisheriges Wirken für not-

wendig hielten. Das Demobilmachungsamt soll jetzt seine Tätigkeit einstellen. Von der Arbeitsgemeinschaft war je ein Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter zur ständigen Mitarbeit in das Demobilmachungsamt berufen.

Die Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands wurde am 4. Dezember 1918 gegründet, nachdem schon Ende Dezember 1917 und Januar 1918 die ersten Besprechungen stattgefunden hatten. In einer Sitzung am 2. Oktober 1918 wurde von beiden Seiten die Auffassung vertreten, daß ohne Rücksicht auf den Ausgang des Krieges die Erwerbsverhältnisse nach Friedensschluß so ungünstig sein würden, daß die Arbeiterschaft nur beim Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor schweren Schädigungen bewahrt werden könne. Am 22. Oktober 1918 fand eine weitere Besprechung im größeren Kreis statt und in einer Sitzung vom 7. November 1918 konnte bereits der Entwurf zu einer Vereinbarung in Auftrag gegeben werden. Die Vereinbarung kam am 15. November zustande und ist damals im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht worden. Aus dieser Vereinbarung ging dann am 4. Dezember die Arbeitsgemeinschaft hervor mit der Aufgabe, die Vereinbarung durchzuführen. Auch über den Aufbau der Arbeitsgemeinschaft ist im „Correspondenzblatt“ berichtet worden. Der Ausbau der Arbeitsgemeinschaft sei nicht dem Maße vorwärts gegangen, wie es für die Demobilmachung notwendig gewesen wäre. Von Seiten der Gewerkschaften wurde zunächst Genosse Schilde als Geschäftsführer in die Arbeitsgemeinschaft delegiert, dessen Nachfolger der Genosse A. Cohen am 2. Februar 1919 wurde.

In eingehender Weise beschäftigt sich der Bericht dann mit der Frage des Ausbaues der Arbeiterräte; das dokumentarische Material über die Beschlüsse der Vorstände und die von der Generalkommission gegenüber dem Demobilmachungsamt schuß dargelegte Auffassung, sowie die Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins und die Erklärungen der Reichsregierung gegenüber der Abordnung der sozialdemokratischen Arbeiterräte vom 5. März 1919 werden wiedergegeben.

Die Differenzen in der Arbeitersekretariatsfrage in Braunschweig wurden am 4. November 1918 durch eine Verständigung beigelegt. Das Bezirkssekretariat ist bereits im Ende Dezember mit dem Arbeitersekretariat vereinigt worden.

Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Regierung hat ebenfalls zugesagt, daß Vertreter der Gewerkschaften zur Friedenskonferenz berufen werden sollen. Der Vorsitzende der Generalkommission wurde bereits im Dezember 1918 zu den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission in Spaa hinzugezogen.

Zu der Internationalen Konferenz am 3. Februar 1919 in Bern entsandte die Generalkommission drei Vertreter, die gleichzeitig an der dort tagenden internationalen Gewerkschaftskonferenz teilnahmen. Diese Gewerkschaftskonferenz beschäftigte sich mit den gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag und mit dem Völkerbund; sie verlief durchaus harmonisch. Sie beschloß unter anderem, eine neue Konferenz nach Amsterdam spätestens bis Mai 1919 berufen zu lassen, die sich mit der weiteren Gestaltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschäftigen soll.

Der Bericht erwähnt die Berufung des 2. Vorsitzenden der Generalkommission zum Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes und die Berufung des Genossen Robert Schmidt zum Unterstaatssekretär des Reichsernährungsamtes am 3. Oktober 1918. Ebenfalls werden einige weitere Personalveränderungen und das Ausscheiden von Wissells aus dem Bureau der Generalkommission mitgeteilt.

Der Kassenbericht weist eine Gesamteinnahme von 704 101,34 Mk. und eine Gesamtausgabe von 682 616,16 Mk. auf. Die Einnahme übersteigt die Ausgabe um 21 485,18 Mk., so daß das Vermögen sich auf 245 633,18 Mk. erhöht hat. Gegenüber dem Vorjahre haben sich die Einnahmen um 290 195,53 Mk. erhöht. Diese Steigerung wird in der Hauptsache auf die größeren Mitgliederzahlen der Verbände zurückgeführt sowie auf die höheren Einnahmen der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“. Außerdem ist der Extrabezug der Verbände erheblich höher als im Jahre vorher. Von den Ausgaben nennen wir folgende Zahlen: Verwaltung 68 267,44 Mk., Bibliothek 2536,94 Mk., Drucksachen 12 777,55 Mk., Kongresse und Konferenzen 25 539,01 Mk., Agitation 237 432,77 Mk., Verlag 20 071,88 Mk., „Correspondenzblatt“ 88 194,72 Mk., „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ 141 285,14 Mk., „Operai Italiano“ 1800 Mk., „Oswiata“ 14 966,84 Mk., Zentralarbeitssekretariate 31 741,57 Mk., Sozialpolitische Abteilung 36 691,01 Mk., Elf Bezirkssekretariate und 54 Arbeitersekretariate erhielten laufende Zuschüsse.

Das „Correspondenzblatt“ mußte sich auch im vorigen Jahre infolge des Papiermangels mit einem erheblich eingeschränkten Umfange begnügen, so daß es der Redaktion unter diesen Zwangsverhältnissen recht schwer war, den Ansprüchen auf Raum gerecht zu werden. Sie mußte sich in erster Linie den sozialpolitischen Aufgaben der Kriegs- und Uebergangswirtschaft zuwenden, hat aber auch die eigentlichen gewerkschaftlichen Probleme nicht vernachlässigt. Eine besondere Artikelserie über den gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege ist später im Buchhandel veröffentlicht worden. In sozialpolitischer Hinsicht hat die Redaktion an den verschiedensten Problemen mitgearbeitet, eine Denkschrift über die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung und eine Propagandaschrift für den Arbeitskammergesetzentwurf der Gewerkschaften verfaßt. Seit Beginn des Jahres 1919 gibt die Redaktion den gewerkschaftlichen Nachrichtendienst heraus, der durch Druck vervielfältigt und der gesamten gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterpresse sowie den größeren bürgerlichen Blättern zugestellt wird.

Das polnische Blatt „Dziwno“ ist mit Ausnahme der beiden Monate August-September regelmäßig vierzehntägig in einer durchschnittlichen Auflage von 8975 Exemplaren erschienen. Die Auflage ist gegenüber dem Vorjahre um 3975 Exemplare gesunken.

Die Generalkommission hat im Berichtsjahre 14 verschiedene Schriften herausgegeben, bzw. zum ermäßigten Preise für die Gewerkschaften vermittelt, über die der Bericht nähere Angaben macht.

Das Arbeiterinnensekretariat hat auch im Berichtsjahre die Redaktion der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ besorgt, deren Auflage auf über 260 000 Exemplare gestiegen ist. Im übrigen ist die Tätigkeit des Sekretariats die gleiche geblieben wie in den vorigen Kriegsjahren. Erfreulich ist die vermehrte Inanspruchnahme des Sekretariats von den in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Arbeiterinnen, die Auskünfte oder Material für Referate und Besprechungen wünschen.

Ueber die Tätigkeit der Sozialpolitischen Abteilung wird berichtet, daß zu Beginn des Jahres 1918 der Kampf eine Reform und eine Erweiterung der Gewerbeaufsicht durch Anstellung von Arbeiterkontrollleuten bei der Gewerbeinspektion und den gewerblichen Berufsgenossenschaften in den Vordergrund trat. Neben der Kampagne in der Presse wurden in dieser Sache Eingaben an das Ministerium des Innern, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und das Ministerium für Handel und Gewerbe in Preußen, sowie an den Reichskanzler, an das Reichswirtschaftsamt und an den Reichskommissar für Wohnungswesen gemacht.

Das Zentralarbeitersekretariat erhielt 600 Sachen, gegen 587 im Jahre vorher. Sie betrafen Unfallversicherung in 478 Fällen, Invalidenversicherung 58, Krankenkassensachen 4, Knappschaftsversicherung 7, Kriegsfragen 26, Zivilsachen in 8 Fällen. Außerdem mußte im Berichtsjahre Auskunft auf 1632 Anfragen gegeben werden in Sachen, die mit den schwebenden Streitfällen nicht im Zusammenhang standen.

Zur Lohntarifffrage.

In der letzten Zeit streben alle Berufsschichten darauf hin, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse vertraglich zu regeln und zu verbessern. Der Grund liegt weniger im politischen Verlangen, sondern in den ungeheuer gestiegenen Lebens- und Verbrauchsmittelpreisen, die sich stets noch weiter erhöhen. Die Unbemittelten müssen deshalb erzwingen, einen Ausgleich zwischen Einkommen und Ausgaben herbeizuführen, weil sie infolge der jahrelangen Plünderung nicht mehr länger im Elend „durchhalten“ können. Wie schlimm es in dieser Beziehung aussieht, sollen die folgenden Zusammenstellungen erkennen lassen.

Im Monat März bekam eine Person in den Kommunalverbänden der Klasse C, wozu die meisten Bezirke der Porzellanindustrie gehören, an Lebensmitteln zugewiesen: 7500 Gramm Brot 3,60 Mk., 900 Gramm Fleisch 4,— Mk., 700 Gramm Zucker 1,71 Mk., 5 Stück Eier 1,10 Mk., 220 Gramm Butter oder Fett 1,60 Mk., 200 Gramm Käse 0,50 Mk., 1000 Gramm Brottaujirich 1,20 Mk., 125 Gramm Teigwaren 0,20 Mk., 250 Gramm Grütze 0,23 Mk., 250 Gramm Hafersflocken 0,32 Mk., Kaffeemittel 1,10 Mk., 50 Gramm Knorruppen 0,30 Mk., 5 Stück Nottwürfel 0,25 Mk., 10 000 Gramm Kartoffeln 1,60 Mk., 5400 Gramm Brotzulage für Schwerstarbeiter 2,60 Mk., Summa: 21,31 Mk. Außerdem gab es noch im Laufe des Jahres besondere Zulagen, wie Heringe, Büchsenfleisch, kondensierte Milch, Einmachzucker, Hafersflocken, Grütze u. a., die bei einer Jahressumme mitberechnet werden müssen.

Berechnet man nach obenstehender Summe die Ausgaben für eine vierköpfige Familie — Mann und Frau mit 2 Kindern — der Kinderzulagen gewährt werden, so ergibt sich eine Mehrung von: 500 Gramm Zucker 0,51 Mk., 1000 Gramm Hafersflocken 1,20 Mk., Zwieback 1,20 Mk., 1000 Gramm Kunsthonig 2,— Mk., 30 Liter Milch 10,20 Mk. Summa für Zulagen: 15,11 Mk. Dazu $18,71 \times 4 = 74,84$ Mk., Brotzulage für den Mann 2,60 Mk. Insgesamt: 92,55 Mk.

Diese Lebensmittelmengen reichen jedoch keiner Familie zum Leben. Es müssen deshalb mindestens hinzugekauft werden: 8 Pfund Sauerkraut 2,40 Mk., 6 Pfund Spinat 7,20 Mk., 8 Pfund gelbe Rüben 2,40 Mk., 16 Pfund Kohlrüben 1,92 Mk., 12 Pfund Weißkohl 4,20 Mk., 8 Pfund Suppengemüse, Zwiebeln 4,— Mk., 4 Pfund Salat 4,— Mk., Pferdefleisch oder Fische 7,— Mk., Kartoffeln (gehamsterte) 4,— Mk., sonstige Lebensmittel (Hamsternware) 10,— Mk., Kleider, Schuhe, Unterwäsche, Strümpfe u. a. 50,— Mk., Miete 12,— Mk., Heizung, Licht 24,— Mk., Wäschemittel und ähnliches 10,— Mk., Haushaltgegenstände 12,— Mk., Beiträge für Verband und Vereine 5,— Mk., Versicherungsbeiträge 6,— Mk., Zeitungen, Bücher 4,— Mk., Reisen, Vergnügen, sonstiges 20,— Mk., Summa: 190,12 Mk. Dazu für rationierte Lebensmittel inkl. Kinderzulagen 92,55 Mk. Monatsausgabe für eine vierköpfige Familie: 282,67 Mk.

Die Mindestaufwandssumme beträgt demnach 3392,04 Mk. fürs nackte Leben; dabei sind die Lebensmittelmengen noch so niedrig bemessen, daß es mancher Hausfrau fraglich erscheint, ob sie wirklich damit die Hungrigen befriedigen kann. An eine Neuananschaffung irgendeines größeren Haushaltgegenstandes, eines Anzuges, eines Kleides oder anderer Dinge ist gar nicht zu denken, wenn nicht außergewöhnliche Mittel zum Kauf vorhanden sind. Wieviele Porzellanarbeiter können wohl über ein Jahreseinkommen verfügen, wovon sie den obengenannten Lebensunterhalt bestreiten könnten? Nach Wollmann betrug der Durchschnittslohn für Porzellanarbeiter im Jahre 1911/12 959,01 Mk.

Berechnen wir dazu die gewährte 100 prozentige Grundlohnerhöhung nach dem Berliner Vertrag, so müssen wir beim Abschluß des Kollektivvertrages mindestens 1600—1700 Mk. Teuerungszuschlag erhalten, um unsere Lebensmöglichkeit zu erhalten. 3600 Mk. ist das Mindestverlangen für uns Porzellanarbeiter. Bei voller Beschäftigung muß es bei den Gelernten 4000 Mk. übersteigen. Diese Mindest-Einkommen gelten vor allem für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den sogenannten Schleuderbetrieben, weil diese Fabriken stets die niedrigsten Löhne bezahlten.

Es sind nicht politische oder soziale Triebe, die uns zu solchen Forderungen veranlassen, sondern einzig allein die wirtschaftliche Not, die einen schnellen und annehmbaren Ausgleich bedingt. Die Porzellanarbeiterschaft muß nun darauf dringen, daß rasch gehandelt wird, ehe es zu spät ist. Keinem Unternehmer wird es möglich sein, Gegengründe anzuführen; denn die Zahlen sind schlagende Beweise und veranschaulichen Elend, Not und Hunger krasser als alle Worte. Es ist genug geduldet und gehungert worden, verlangt das Recht zum Leben!

Edwin Kenninger, Wunsiedel.

Aus unserm Berufe.

Hennigsdorf. Nach vielen Mühen ist es uns auch diesmal gelungen, unsere letzte Lohnbewegung ohne ernste Differenzen zum Abschluß zu bringen. Ich sage ausdrücklich: nicht zur Zufriedenheit, denn unsere Ziele waren sehr viel weitergehend. Aber immerhin ist materiell etwas erreicht worden, und der moralische Erfolg ist, daß man zu der Erkenntnis kommt, daß die Lage der Porzellanarbeiter tatsächlich verbesserungsbedürftig ist. So war uns denn möglich, den Stundenlohn für Dreher um 40 Pf. auf 2,75 Mk. zu erhöhen, was einem Aufschlag von 15 Proz. zu den jetzt geltenden Preisen gleichkommt. Für Massemüller und Brennhäuserarbeiter im allgemeinen konnte 2,40 Mk. pro Stunde erzielt werden, für Seher und Kapselmacher 2,50 Mk. Aber auch für fast alle hier nicht besonders erwähnten Kollegen und Kolleginnen konnte eine kleine Aufbesserung festgesetzt werden. Mögen die Kollegen allerorts auch hieraus ersehen, daß bei vereintem und geschlossenem Vorgehen der Erfolg nicht ausbleiben kann.

Die Kollegen aus der elektrotechnischen Branche möchten wir noch besonders auf die dringende Notwendigkeit eines kollektiven Arbeitsvertrages hinweisen. Kollegen, laßt die bevorstehende außerordentlich günstige Konjunktur nicht nutzlos an Euch vorbeiziehen. Wichtige und einschneidende Fragen müssen vertraglich mit dem Unternehmertum geregelt werden. Darum, auf zur Arbeit, die Zeit eilt.

St. Georgen. Die Lohnbewegung im Schwarzwald, welche im März eingeleitet hat und soweit überall durchgeführt ist, hat auch

die Kollegen der Emaillebranche zur Organisation veranlaßt. Wir können erfreulich berichten, daß wir die Zahlstelle des Porzellanarbeiterverbandes wieder gründen konnten, der fast sämtliche Kollegen beigetreten sind. Die Kollegen sind zu der Einsicht gekommen, daß es kein anderes Mittel gibt als die Organisation. Die Arbeiter in der hiesigen Emaillebranche haben alle Ursache, daß ihre Löhne erhöht werden, gehören sie doch mit zu den am schlechtesten bezahlten, mit Löhnen von 5—8 Mk. für gelernte ältere Arbeiter. Es ist ganz undenkbar, mit diesem Lohn auszukommen bei den teuren Lebens- und Bedarfsartikelpreisen. Nun haben die Kollegen durch den Arbeiterausschuß einen Tarif vorgelegt, welchem aber nur provisorisch auf 2 Monate von der Firma zugesprochen wurde, unter dem Vorwand, das Geschäft könne die Mehrauslagen nicht ertragen. Nun werden sich die Arbeiter noch näher damit befassen müssen und eventuell einen neuen Tarif aufstellen. Hierzu möchten wir die Zahlstellen, wo sich Emailleschilderfabriken befinden, um Mitteilung bitten, wie die Löhne der Maler und Brenner sind, oder sollten Tarife bestehen, uns die nötigen Unterlagen zugehen lassen, damit wir nicht als Lohndrücker angesehen werden können.

Christian Lauble, Maler, Hoßbergstr. 330.

Briefkasten.

Berichtungsberichte von Arzberg, Kloster-Weißdorf, Kronach, Reichmannsdorf, Schönwald, Schorndorf und Selb mußten wegen Raum-mangel zurückgestellt werden.

Sterbetafel.

Neuhaldensleben. Karl Bethge, Dreher, geboren am 11. Dezember 1863 zu Neuhaldensleben, gestorben am 9. Mai 1919 an Lungenentzündung. Krankheitsdauer 6 Tage. Mitglied seit 1905.

Neuhaus, Nr. Sonneberg. Gustav Böhner, geboren am 11. Oktober 1882 in Neuhaus, gestorben am 6. Mai 1919 an Lungenentzündung. Mitglied seit 1910.

Regensburg. Michael Kankl, Dreher, geb. am 28. September 1873 zu Sallern, gestorben am 7. Mai 1919 zu Regensburg an Lungenentzündung. Letzte Krankheitsdauer 7 Tage. Mitglied des Verbandes seit 23. Juli 1900. Langjähriger Zahlstellenkassierer.

Schmiedeberg. Karl Gahn, geboren am 13. Juni 1862, gestorben am 9. Mai 1919 an Lungenleiden.

Schönwald. Hans Ruppert, Sortierer, geboren am 4. Oktober 1892 in Selb, gestorben am 13. März 1919 an einer Schußverletzung. Mitglied seit 1918.

Tettau. Christian Korn, Pader, geboren am 7. August 1855 in Tettau, gestorben am 26. April 1919 an Grippe (Influenza). Mitglied seit 1918.

Soffstedt. Oskar Frißche, Maler, geboren am 26. September 1872 zu Scheibe, gestorben am 3. Mai 1919. Letzte Krankheitsdauer 8 Monate. Mitglied seit 1906.

Weiden. Hermann Klement, Maler, geboren am 4. August 1866 in Proßau, gestorben am 7. Mai 1919 an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Gräfenhain. Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 Uhr, im Steigerhaus.

Gräfenhain. Sonntag, den 25. Mai, nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Gasthaus „Zur Tonne“ in Schmiedefeld, S. M. für die Betriebe Lippelsdorf, Taubenbach, Brif und Reich und Schmiedefeld. Regere Beteiligung erwünscht.

Regensburg. Donnerstag, den 5. Juni, abends 6½ Uhr, bei Ertzsch, Schmidstr. 58.

St. Georgen. Die Zahlstellenversammlung findet jeden ersten Montag im Monat statt.

Weiden. Die Zahlstellenversammlung findet jeden ersten Montag im Monat statt.

Wahl-Veränderungen.

Blauenthal. Vorsitzender: Robert Klönig, Braunkohlstr. 2. Kassierer: Alois Wirtlich, Talgasse 2. Kassierer: Max Rißer, Angeleisch 2. Bevollmächtigte: Anton Duh, Reinstadt 8, Johann Schreyer, Angeleisch 5.

Gräfenhain. Vorsitzender: Otto Schulte, Dreher, Esnabrüderstraße 2, b. II.

Gräfenhain. Kassierer: Reinhard Bindwagel, Hensburgerstr. 9.

Frankfurt a. M. Kassierer: Gottlieb Köppler, Seebach bei Frankfurt a. M., Wilhelmshöherstr. 42.

Neuhaldensleben. Bevollmächtigte: Franz Wirtlich, Lagerhalter, Holzmarktstr. 6; Hermann Schröder, Dreher, Barmsdorferstr. 9.

Oberkotau. Kassierer: Heinrich Lottes, Schützenstraße.

Schorndorf. Vorsitzender: Ernst Wanta, Maler, Obere Straße 8.

St. Georgen i. Schwarzwald. Vorsitzender: Christian Lauble, Schriftst. 330. Schriftführer: Friedrich G. W. W. Schriftst. 330. Kassierer: Fritz Schlegel, Schriftst. Schrambergerstraße.

Arbeitsmarkt.

Tüchtige, flotte Malerin für Golddekor, Stempeln usw. sucht ernde Stellung. Offerten unter T. S. erbeten an die Red. der „M.“

Tüchtiger Porzellanformer sucht Stellung. Derselbe ist mit vorzukommenden Arbeiten vertraut, weil lange Jahre im Musterformiergeschäft, 35 Jahre alt und 20 Jahre in einem Geschäft. Offerten „B. 1919“ an die Redaktion der „M.“

Von Thüringer Porzellanfabrik wird für sofort **tüchtige, selbständiger Unterglasurbrenner** gesucht. Angebote unter Nr. 500 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein tüchtiger Brenner wird gesucht.

G. & E. Carstens, Steingutfabrik, Rheinsberg (M.).

Alabaster-Bildhauer und **Punkteure** sowie **Reinigungs- und Maler** für Terracotta und Guß stellt bei gutem Lohn noch ein **Fritz Kochendörfer, Osterode (S.).**

Geschäfts-Anzeigen.

Bringe hiermit den w. Kollegen mein seitherig betriebenes Geschäft, den Handel mit Goldabfällen und sonstigen goldhaltigen Sachen empfehlende Erinnerung, und zahle für ein Gramm Goldscheibe bis 2,70 Mk. Pünktliche und reelle Bedienung zusichernd, ersuche ich zeitig um gütige Berücksichtigung.

Georg Heinrich, Porzellanmaler, Selb, Zahnstr.

Goldschmiedere, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Bergbau vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung zu höchsten Preisen **Oskar Rottmann, Stadtilf.**

Goldplatten, Schmiere

sowie alle goldhaltigen Malrückstände kauft, Feingold Gramm 8,50 Markchen mit Stöpsel 5 Pf. auswärts

H. Langhammer, Wilkau i. Säch.

Zur Lieferung allerfeinsten **Pinselfür die gesamte keram. Malerei, sowie Horn- und Stahl-Spachteln, Pinsel** empfiehlt sich **Erdmann Wunder**

Altwasser i. Schl., Charlottenbrunnerstr.

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler

überhaupt der Porzellanbranche, sowie Stahlspachteln und Dreherm liefert zu soliden Preisen

Auf Verlangen werden Pinsel nach Zeichnung oder Muster angefertigt **Paul Materne, Schönwald i. Oberfrankl.**

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 5—10 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr) überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold in die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Böhmisch-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Ilm., I.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen

sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft **M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8 II.**

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw. kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.

Schnelle, reelle Bedienung.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22